



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0162/2018

Vorlage: ST/0190/2018		Datum: 30.10.2018	
Oberbürgermeister			
Verfasser:	10-Amt für Personal und Organisation	Az.: 10.10./Kb.	
Betreff:			
Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion zur Einrichtung einer Stabsstelle „Städtebauförderung,“			
Gremienweg:			
08.11.2018	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig
		<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt
		<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen
		<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	geändert
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen
		<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich

Stellungnahme:

Die Frage der Zentralisierung der Fördermittelakquise zur Erschließung von Förderprogrammen und Fördermöglichkeiten (EU/Bund/Land) wurde bereits in der Vergangenheit für die Stadtverwaltung Koblenz thematisiert, scheiterte bislang jedoch an den erwartbaren personellen Mehrressourcen.

Neben der Möglichkeit der – wie beantragt – Einrichtung einer „Stabsstelle Städtebauförderung“, die unmittelbar dem Oberbürgermeister zugeordnet ist, wurde bislang auch die Einrichtung einer Stelle eines „Fördermittellotsen“ im Bereich des Amtes 80/Amt für Wirtschaftsförderung erwogen. Derzeit zeichnen sich im Amt 61/Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung im Sachgebiet 61.30.40 „Verwaltungsaufgaben Städtebauförderung, städtebauliche Entwicklung und Denkmalpflege“ mehrere Personalwechsel ab, die es ermöglichen könnten, im Rahmen gezielter Nachbesetzungen ein Mehr an zentraler Akquise und Beantragung von Fördermitteln für Struktur- und Stadtentwicklungsmaßnahmen zu erreichen.

Nach Einschätzung der Verwaltung ist es nicht möglich, einen kurzfristigen Überblick über alle Fördermöglichkeiten zu erstellen, es bedarf hierzu einer längerfristigen Recherche und dauerhaften Verfolgung der Förderprogrammentwicklungen seitens der EU, des Bundes und des Landes.

Dies erfolgt derzeit in den Ämtern und Eigenbetrieben dezentral in den Stellen für Haushaltssachbearbeitung und Fördermittelabwicklung – gezielt für bereits definierte städtische Projekte.

Es ist davon auszugehen, dass das Anliegen, Fördermittel jeglicher Art zentral zu ermitteln und ämterübergreifend zugänglich zu machen (ggf. unter Aufbau und Nutzung einer internen Datenbank), nur mit darüber hinausgehenden Personalressourcen möglich wird.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung empfiehlt dem Stadtrat eine Verweisung des Antrages der FDP-Fraktion in die diesjährigen Haushaltsberatungen des Haupt- und Finanzausschusses (HuFA).